



Groß Lengden, den 22. April 2010

Sehr geehrte Frau Richter, sehr geehrte Frau Farthmann-Toebben, sehr geehrter Herr Johannes, sehr geehrter Herr Toebben,

vielen Dank für Ihren Beitrag zu dem schwierigen Thema Schulentwicklungsplanung. Ihre Anregung vom 12.03.2010 hat nun die Runde gemacht und ist auch bereits in Diskussionen eingeflossen.

Wir von Bündnis 90/ Die Grünen haben angesichts der Entwicklung des Gemeindehaushaltes und der demo-grafischen Entwicklungen bereits 2004 die Initiative ergriffen und mit einem gemeindeweit verteilten „Zwischen-ruf zur Schulpolitik“ Fragen aufgeworfen und Ideen skizziert. Leider war die Resonanz gering oder ablehnend.

Unsere Befürchtung, dass das Thema erst dann richtig auf die Tagesordnung kommt, wenn erste Standorte bedroht sind, hat sich bestätigt und wir stehen mittlerweile in einer äußerst schwierigen Situation. Die in den Diskussionen jeweils betroffenen Ortsteile reagieren dann mit einem Verteidigungsreflex und die Menschen bringen sich oft sehr emotional in die Debatte ein. Zunächst war es Bremke, dann Diemarden, aktuell Reinhausen und nun auch Groß Lengden, das im Zuge der von allen Parteien geäußerten Befürchtung, dass wir gemäß der Geburtenzahlen und Prognosen nur max. zwei Schulstandorte werden halten können, betroffen ist.

In den „Klausurtagungen“ unter der Moderation und Anleitung von Prof. Veith wurde Groß Lengden zwar in sehr vielen Aspekten positiver als Diemarden oder Reinhausen beurteilt, jedoch durch die – von uns abgelehnte -weitgehende Reduktion auf verfügbare Nutzfläche- in die Reihe der mittelfristig zu schließenden Schulstandorte gestellt.

Unser Antrag bezüglich der Schließung von Reinhausen basiert auf folgenden Grundlagen:

1. Nachdem die zwingend erforderliche Umsetzung der Brandschutz und Rettungswegaufgaben mehrere Jahre immer wieder aufgeschoben wurde, stehen wir vor der Situation, dass wir nun ca. 400000,00€ an 4 Standorten investieren müssen, wenn die Auflagen für alle Räume erfüllt werden.
2. Außer am Standort Bremke sind an allen Standorten erhebliche Instandhaltungs-, Instandsetzung und Modernisierungsarbeiten erforderlich.
3. Die Unterhalts- und der Betriebskosten der Schulen belaufen sich nach Angabe der Gemeindeverwaltung insgesamt auf ca. 126000,00€/a (Auswertung 2006-2008) und die Energiekosten steigen kontinuierlich an.
4. Wir werden in Kürze an allen Schulstandorten Ganztagesangebote haben, wo die laufenden Kosten, einschließlich Betreuungskosten –weil nicht gebundener Ganztags – überwiegend von der Gemeinde und den Eltern zu finanzieren sind. Die erforderliche Ausstattung ist ebenfalls von der Gemeinde zu finanzieren.
5. Wir wollen, dass jedes Kind in der Gemeinde im geltenden Schuleinzugsbereich zur Schule gehen kann und das Eltern, die in die Gemeinde Gleichen ziehen wollen und ein behindertes Kind haben, nicht davon Abstand nehmen müssen, weil die Schulen den Anforderungen nicht entsprechen (inklusive Schule).
6. Wir wollen, dass jedes Kind nach seinen Möglichkeiten mit entsprechend geschultem Personal so optimal wie möglich gefördert werden kann.
7. Wir wollen keine Schulen, an denen Eltern, die weder Zeit (z.B. weil alleinerziehend) oder Geld haben, sich wie Bettler vorkommen müssen, weil es von den Fähigkeiten, der Zeit und dem Geld das Eltern haben abhängt wie gut die Schule ist.
8. Es ist Fakt, dass - wenn nicht deutlich mehr Kinder in die Gemeinde kommen - es 2015/2016 nur noch ca. 50 Einschulungen geben wird. Angesichts der Entwicklung in Südniedersachsen und auch in der Bundesrepublik ist das eine „ganz normale Entwicklung“

In ihrer Anregung/ihrem Antrag beklagen Sie den Verlust an Infrastruktur und sehen dadurch unsere Gemeinde bedroht und regen einen Zukunftsrat und die Erstellung einer „Potenzialanalyse“ mit Fördermittelberatung zur „infrastrukturellen Stärkung“ der Gemeinde an.

Es klingt einwenig so, als wenn in den letzten Jahrzehnten nichts unternommen worden wäre hier gegenzusteuern.

Man mag über das Wie streiten, jedoch gab es neben den örtlichen Initiativen und Vereinen einige Anstrengungen, von denen hier nur einige genannt seien:

- Ortsteiluntersuchung Gleichen „Mängelanalyse zur Feststellung der Dorferneuerungs- und Sanierungsbedürftigkeit“ für 13 Ortsteile (1986)
- Dorferneuerungsplanungen mit Beteiligungsverfahren für fast alle Ortsteile
- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (Diemarden, Groß Lengden u. KleinLengden) 1995/1996
- Gewerbegebiet Klein Lengden mit Teilgebiet „Ökologisches Gewerbegebiet“ 1995/1996
- Ausweisung Vorrangflächen für Windkraftanlagen
- Teilnahme einiger Ortsteile am Auswahlverfahren für Bioenergiedörfer
- Prozess zur Erarbeitung einer „Kommunalen Agenda 21“ 1997-2002
- Agendabeirat
- Seniorenbeirat
- Bündnis für Familie
- Dialogdorf Diemarden

#### Ziele

- Die Dorferneuerungsprozesse wurden mit dem Ziel durchgeführt, die Attraktivität und die Infrastruktur in unseren Ortsteilen zu stärken.
- Die „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ sollte über einen deutlichen Zuzug ca. 1000 Menschen die Auslastung unserer Infrastruktur sichern und gewerbliche Ansiedlungen fördern.
- Windkraftanlagen und Bioergieanlagen sollten zu mehr Gewerbesteuerereinnahmen führen.
- Der Agenda 21-prozess und das Bündnis für Familie, sollten durch gemeinsame Ideenentwicklung und Aktivität die Entwicklung aus der Gemeinde heraus stärken.

#### Ergebnisse

- Ohne die Dorferneuerungsprozesse wären unsere Dörfer nicht so attraktiv, wie sie sind und es ist viel Fördergeld in die Gemeinde geflossen. Allerdings ist mittlerweile die überwiegende Anzahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren, die meisten Geschäfte, Kneipen, Bank- und Postfilialen sind mangels Nutzer geschlossen und die verbliebenen Läden werden nur von wenigen genutzt.
- Nachdem die geringen Ansätze von Mietwohnungsbau (Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme) gestrichen wurden, sind mittlerweile fast alle Grundstücke mit Einfamilien- oder Doppelhäusern bebaut und statt der erwarteten ca. 1000 zusätzlichen Einwohner haben wir in Kürze wieder den Stand vor der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme erreicht.
- Die Flächen im Gewerbegebiet sind noch immer nicht alle bebaut und die Erwartung, dass die Umgehungsstraße hier einen Schub bringen würde, hat sich nicht erfüllt
- Die Windkraftanlagen bringen mittlerweile einen ordentlichen Anteil am Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde. Bioergieanlagen sind trotz erheblicher Initiativ- und Überzeugungsarbeit bisher nicht gebaut worden und der weitere Ausbau der Windkraft stößt auf erhebliche Widerstände und Probleme.
- Die Teilnahme am Agendaprozess ist mit dem Beginn der eigentlichen Arbeitsphase deutlich zurückgegangen und heute bilden die verbliebenen Aktiven einen Beirat der versucht die Entwicklung entsprechend des verabschiedeten Leitbildes kritisch zu begleiten.

Die Erfahrung aus der Vergangenheit heißt auch für uns keinesfalls das neue Initiative nichts

bringt. Im Gegenteil ist es notwendig permanent und mit größtmöglicher Beteiligung an der Entwicklung zu arbeiten.

Aber auch in diesem Fall wird das Rad nicht neu erfunden und langfristige Trends lassen sich nur langfristig ändern. Bei der konkreten Entwicklung haben wir es ja auch nicht mit einem gemeindlichen Problem zu tun, sondern mit einer Entwicklung, die selbst in Westeuropa die überwiegende Mehrzahl der Länder trifft. Zudem leben wir in Süd-Niedersachsen in einer „strukturschwachen Region“, deren Perspektiven weitgehend von der Entwicklung des Universitätsstandortes Göttingen abhängt. Leider deutet im Augenblick wenig darauf hin, dass unsere Forderung nach einer „verfassten Region“ eine politische Mehrheit findet. Die „verfasste Region Südniedersachsen“ ist aus unsere Sicht eine notwendige Basis um in Land, Bund und Europa z.B. bei der Mittelvergabe mehr Gewicht zu bekommen.

Es gibt diverse Studien zur demografischen Entwicklung auch für unsere Region und unsere Gemeinde. Allen Studien gemein ist, dass trotz jeweils verschiedener Szenarien sich immer der gleiche Trend zeigt:

Die Zahl Bewohner, die Zahl der Kinder und die Zahl der Frauen die Kinder bekommen können geht deutlich zurück.

Dazu kommt noch der Trend, dass bei abnehmender Infrastruktur auch ältere Menschen wieder in die Stadt oder in größere Orte ziehen.

Nun investieren viele Kommunen in unserem Umfeld in ihre Infrastruktur, um attraktiver zu werden und der Wettbewerb um die „jungen Familien“ ist längst im Gange.

Für die Auswahl eines Wohnortes gibt es viele Faktoren und Kindergarten und/oder Schulstandort ist nur ein Teil davon. So hat z.B. Klein Lengden keine Schule (wurde vor langen Jahren, wie andere Schulstandorte in Gleichen auch, geschlossen) und ist in der Gemeinde der Ort, der sich am stärksten entwickelt hat. Die These „Stirbt unsere Schule, stirbt unser Ort“ ist also mehr als kritisch zu betrachten.

Was allerdings in der Debatte sehr wichtig ist, ist die Entscheidung, ob die Gemeinde Gleichen langfristig überhaupt noch Schulen haben wird.

Dafür müssen wir heute die Weichen stellen, denn das Geld für Fehlversuche hatten wir nie und haben es heute erst recht nicht.

Die von Ihnen eingebracht Idee an allen fünf Schulen einen Schulversuch nach dem Jenaplan-Modell zu starten hat sicher Charme.

Wir fragen uns aber zunächst einmal, warum haben wir bis heute keine Schule, die nach den pädagogischen Ansätzen, die diesem Modell zugrunde liegen arbeitet. Dieses Konzept war nie ein Notkonzept für in ihrem Überleben bedrohte Zwergschulen. Der weit überwiegende Anteil der Schulen sind deutlich größere Schulen, als wir sie hier in der Gemeinde haben mit einem sehr breit gefächerten inhaltlichen Angebot. Überdies sind diese Konzepte oft so angelegt, dass sie eine Ausweitung mindestens auf das 5. und 6. Schuljahr vorsehen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn zum Beispiel die Schule in Groß Lengden sich auf diesen Weg macht und möglichst bald mit diesem Konzept beginnt. Es wäre nur konsequent, wenn hier sofort eine Abstimmung zwischen Eltern und Schulteam erfolgt und die entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht werden.

Es gibt natürlich über die finanziellen Rahmenbedingungen aus Landes- und Kommunalmitteln hinaus weitere Möglichkeiten die Schulen besser auszustatten.

Für Privatschulen zahlen oft Eltern je nach finanzieller Leistungsfähigkeit in einen gemeinsamen Fond ein und damit werden dann größere Teile der erforderlichen Mittel bereitgestellt. Wir halten einen solchen gemeinsamen Fond für die gemeindlichen Schulen für wenig realistisch und auch nicht für wünschenswert.

Unter den skizzierten Rahmenbedingungen halten wir eine Perspektive mit zwei, möglicherweise drei Schulen in der Gemeinde für realistisch. Egal wie schnell Aktivitäten zur Steigerung der Kinderzahl in der Gemeinde und zur Verbesserung der Gemeindeeinnahmen greifen, **5 Schulstandorte werden wir uns nicht leisten können.**

Zum Schluss möchte ich noch einmal betonen: Jede Initiative mit dem Ziel zur Stärkung

unserer Gemeinde beizutragen ist wichtig und sollte nicht zerredet werden.

Ihre Aufforderung „der Rat möge deshalb einen Beirat bestellen, um innovative Wirtschaftspotenziale der Gemeinde Gleichen zu erschließen“ sollten Sie konkretisieren (wer bildet diesen Beirat und welche Kompetenzen und Aufgaben soll er genau haben).

Auch die Bitte für den Beschluss „ein fachkundiges Unternehmen mit der Erstellung einer professionellen Potenzialanalyse der Gemeinde Gleichen zu erstellen, verbunden mit einer Fördermittelberatung (EU, Bund, NDS) zur infrastrukturellen Stärkung der Gemeinde Gleichen“ zu beauftragen, sollten Sie in Form eines konkretisierten Antrages einbringen. Da hier die Vorgaben aus dem „regionalen Raumordnungsprogramm“ und diverser Einschränkungen aus Naturschutzrechtlichen Rahmenplänen (Landschaftsschutzgebiete, FHH-Gebiete usw.) zu beachten sind, sollte das Prozedere zur konkreten Abfassung eines Auftrages soweit vorbereitet sein, dass die gute Idee nicht an einem horrenden Angebot scheitert, da der Auftragsumfang nicht genügend eingegrenzt ist.

Auch halte ich in Fragen der Wirtschaftsentwicklung die Kooperation mit den Nachbarkommunen für unbedingt erforderlich, da schon heute viele Gewerbeflächen nicht belegt werden können und die Kommunen mit Nachlässen um die Ansiedlung von Betrieben kämpfen. Vielleicht könnte auch dieser Aspekt in eine solche Analyse mit einfließen.

Unsere Gemeinde ist nur dann stark, wenn viele sich mit ihren Engagement und ihrer Kreativität einbringen. In diesem Sinne nochmal vielen Dank für Ihren Beitrag, auch wenn ich einige Punkte sehr kritisch sehe.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Voges  
(Vorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Gleichen)